

Neue Diskussionen um Heybeli

Ende August wurde von türkischen Zeitungen teilweise auf der Titelseite berichtet, dass die jüngsten Vorsprachen von Patriarch Bartholomaios bei Ministerpräsident Erdoğan und Außenminister Gül erfolgreich verlaufen seien. Im Ausland wird dabei selten beachtet, dass dies im Rahmen einer gesellschaftlich sehr gespannten Diskussion um die Neugestaltung des türkischen Hochschulwesens geht, für das die Regierungspartei neue Schwerpunkte erstellen will. Ausführlich berichtete dazu die Tageszeitung Zaman am 29.08.03:

„Beim einem Treffen mit Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan äußerte der Istanbuler Griechische Patriarch Bartholomaios seinen Wunsch zur

Wiedereröffnung der Theologischen Schule auf der Insel Heybeli. Bartholomaios akzeptierte allerdings nicht die Auffassung des Ministerpräsidenten, dass die Schule im Aufsichtsbereich des Hochschulrates und in Anbindung an die islamisch-theologische Fakultät geöffnet werden könnte.

Das Orthodoxe Patriarchat hatte bisher zur Eröffnung der Schule keine neuen Ansätze erreichen können. Bei der gestrigen Zusammenkunft legte der Griechische Patriarch Bartholomaios Ministerpräsident Erdoğan das Thema erneut vor. Anwesend waren auch Univ. Prof. Dr. Ata Sakman von der Galatasaray Universität und Prof. Dr.

Kezban Hatemi als ‚juristische Berater‘. Die Anliegen und Probleme des Griechisch-orthodoxen Patriarchats wurden etwa eine Stunde lang behandelt. Patriarch Bartholomaios trug den Wunsch zur Wiedereröffnung der theologischen Schule auf Heybeli vor, welche im Jahre 1971 geschlossen wurde. Wie von Außenminister Gül vorgeschlagen, wiederholte Ministerpräsident Erdoğan die Möglichkeit einer Eröffnung in Zuordnung zum Hochschulrat und unter Anbindung an die islamisch-theologische Fakultät. Bartholomaios wies wiederum darauf hin, dass unter dem Lausanner Friedensvertrag die Schule statusgemäß als eine Minderheitenschule im Bereich des berufsbildenden Schulwesens errichtet worden sei und daher eine solche Zuordnung keinesfalls in Frage komme.

Im Blick auf die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und auf nicht der türkischen Verfassung entsprechende Vorgangsweisen wurde darauf hingewiesen, dass seit den frühen 70er Jahren Probleme des Patriarchats bestehen. Die Regierung denkt, dass auch Griechenland im Blick auf die theologische Schule auf Heybeli in anderen rechtlichen Fragen größeres Entgegenkommen zeigen sollte. Ein wichtiges Diskussthema war auch der Begriff „ökumenisch“. Die Regierung ermahnte Bartholomaios, diesen Begriff nicht im Sinne eines „internationalen geistlichen Führers“ zu verwenden.

In einer Pressekonferenz nach der Vorsprache im Amt des Ministerpräsidenten erklärte Patriarch Bartholomaios, dass der Besuch durchgeführt worden sei, um der Regierung die besten Wünsche auszusprechen und Probleme des Patriarchats und der griechischen Gemeinde zur Sprache zu bringen. Er erinnerte daran, dass auch Besuche im Außen- und Innenministerium erfolgt seien und sagte: „Wir haben ausführlich gesprochen. Man hat unsere Wünsche auch mit großer Bereitwilligkeit aufgenommen. Es fand ein gegenseitiger Gedankenaustausch statt.“ Er wies darauf hin, dass die Themen sowohl rechtlichen als auch politischen Inhalt hatten, und deshalb juristische Berater zum Treffen mitgekommen seien und sagte: „Die Berater haben dem Herrn Ministerpräsidenten rechtliche Fragen dargelegt. Sie fanden großes Entgegenkommen und man versprach, den Problemen mit gutem Willen näher zu treten. Hoffen wir, dass dies in kurzer Zeit auch konkrete Ergebnisse bringt. In einer Phase, wo die Türkei sich um Demokratisierung auf dem Weg in die Europäische

Union bemüht, sollten auch die noch offenen Fragen der Minderheiten und der griechischen Gemeinde gelöst werden.“

Am 30. August brachte die Tageszeitung Milliyet eine Erklärung des türkischen Erziehungsministers Hüseyin Çelik: „Wenn es gewünscht ist, soll man die Theologische Schule auf Heybeli öffnen.“ Der Minister erläuterte dies in folgender Weise: „Wenn Menschen eine Schule zur theologischen Ausbildung in ihrer eigenen Religion eröffnen wollen, liegt es am Staat, an der Regierung, am Erziehungsministerium, hier in allen nötigen



Patriarch Bartholomaios mit einer österreichischen Delegation auf Heybeli

Fragen Hilfestellung zu geben. Wir eröffnen doch auch in Europa Schulen im islamisch-theologischen Bereich.“ Daher sei eine Geisteshaltung, die meint, dass in der Türkei keine Schule der christlichen Theologie eröffnet

werden dürfe, abzulehnen. Er fügte hinzu: „Der Rektor der Rotterdamer Internationalen Islamischen Universität ist ein Türke. Wenn jemand in Rotterdam eine solche Institution eröffnen darf, wie kann man dann sagen, dass hier eine Schule für Christliche Theologie nicht geöffnet werden dürfe. Kann es eine solche Logik geben? Wenn man eine solche Schule eröffnen will, soll man das tun.“

Er wies erneut darauf hin, dass aber eine solche Institution entweder dem Erziehungsministerium oder dem Hochschulrat unterstehen müsse, verwies auf die bestehenden Regelungen für Minderheitengymnasien und betonte, dass eine rechtlich völlig ungebundene Institution in keinem Land möglich sei. Im Blick auf den Wunsch des Istanbuler Griechischen Patriarchates nach Anerkennung als „Geistliches Oberhaupt der Orthodoxen Welt“ erklärte er, dass die Regierung dies aufmerksam verfolge und auch schrittweise Änderungen vorbereite, dass aber dazu auch eine Änderung der Verfassung nötig sei.